

## **Monatsbericht März 2003**

### **Allgemeine Situation**

Am Ende meiner Berichtszeit aus der Region stellt sich die Lage im Kosovo und den Nachbarländern folgendermaßen dar:

Es entfalten sich drei große Entwicklungen, die 2004 konvergieren werden. Da ist zum einen das für die Bevölkerung schwierige, aber unabdingbare Ende der Wiederaufbauhilfe. Die zweite Entwicklung besteht aus der immer tiefer werdenden wirtschaftlichen Krise, die aus dem Zusammenbruch der sozialistischen Industrie entstanden ist. Die dritte Entwicklung ist die wachsende Ernüchterung der Bevölkerung über den demokratischen Prozeß selbst, der „nicht wirklich auf ihre Bedürfnisse eingeht und der nicht die Macht hat, sich dem sozialen und wirtschaftlichen Verfall entgegenzusetzen.“<sup>1</sup>

Die wirklichen Probleme im heutigen Kosovo sind die ländliche Unterentwicklung, die schlechte Infrastruktur und ein schwacher privater Sektor. In einem Dorf wie Zheger bei Gjilane zum Beispiel bietet der private Sektor nur 110 Arbeitsplätze bei einer Einwohnerzahl von 4.900 Personen. In Peja, wie schon in einem vorherigen Bericht erwähnt, ist die Zahl der Arbeitsplätze in den vormals sozialistischen Betrieben von 10.200 auf 1.500 gesunken.

Angesichts dieser offensichtlichen Tatsachen aber beschäftigt die kosovarische Regierung, die, laut Veton Surroi „nur ein Spielplatz“<sup>2</sup> ist, andere Dinge.

Verständlich ist, daß bevor Serben und Albaner sich in Belgrad an den gemeinsamen Tisch setzen, die albanischen Kosovaren ein für allemal eine offizielle Entschuldigung für die Unterdrückung der Milosevic-Regierung fordern.

Doch das Tagesgeschehen wird beherrscht von der Forderung der albanischen Politiker nach mehr Machtübertragung.

Mehrere Themen erhitzen die Gemüter. Anfang April wurde der Kosovo – als Teil Serbiens und Montenegros – in den Europarat aufgenommen<sup>3</sup>. Der Berater von Premierminister Rexhepi verkündete die Reaktion der Regierung: „Solche Aussagen führen nicht zur Versöhnung, sondern zu neuen Kriegen, die in niemandes Interesse sind“.

Die nun begonnene Machtübertragung löst Aufschreie der Entrüstung bei den serbischen Politikern aus: Der Präsident des serbischen Nationalrates Milan Ivanovic sagte: „Einige albanische Politiker der monoethnischen Regierung des Kosovo äußern öffentlich ihre Aspirationen ein Großalbanien zu formen, während die internatio-

---

<sup>1</sup> *Focus Kosovo*, Moving towards Europe, The Western Balkans and the new Europe, S. 7

<sup>2</sup> dem prominenten Herausgeber der größten albanischen Tageszeitung *Koha Ditore*

<sup>3</sup> *Economic and European News*, April 8, 2003

nale Gemeinschaft dies unterstützt.“<sup>4</sup> Er droht mit der Bildung einer „serbischen Befreiungsarmee“ nach dem Vorbild der UCK.

Laut Rada Trajkovic, der ehemaligen Vorsitzenden der serbischen Partei *Povrtak*, verstößt diese Maßnahme gegen die UN-Resolution 1244. Steiner bestimmt so den endgültigen Status des Kosovo vor, bevor die von ihm geforderten Standards erreicht sind<sup>5</sup>. Sie kündigt Massenproteste an, die in einigen serbisch dominierten Orten bereits begonnen haben. Zudem läßt sie verlauten, daß die Androhung einer Befreiungsarmee eine Warnung sei. „Basierend auf Erfahrungen können wir schließen, daß Radikalisierung die Folge von institutioneller Isolierung ist.“<sup>6</sup> Steiner biete den Serben Isolierung oder Assimilierung. Da die Serben sich nicht assimilieren werden, brauchen sie eigene Institutionen, folgerte Trajkovic.

Nach der Gründung der *Union serbischer Kommunen* im Norden der Provinz formten nun auch die Serben der Orte Gjlane, Kamenica, Vitina und Novo Brdo eine Union, mit der Begründung, dass wenn Steiner nicht mit der Dezentralisierung beginne, müssten sie es selbst in die Hand nehmen. Premier Rexhepi forderte die sofortige Auflösung dieser Unionen.

Schwerwiegender sind allerdings die Androhungen des serbischen Abgesandten für Kosovo, Nebosja Covic, für einen neuen Krieg im Kosovo, sollten die Albaner die Unabhängigkeit bekommen<sup>7</sup>. Es wurde sogar ein Referendum der Serben im Norden vorgeschlagen, womit sie gegen die Unabhängigkeit stimmen sollten. Steiner reagierte scharf: Es werde keine Wahlen ohne die Zustimmung der UNMIK geben, sagte er.

Glücklicherweise scheint der neue Premierminister Serbiens, Zoran Zivkovic, einen gemäßigeren Kurs zu fahren. Es plädiert für gemeinsame Institutionen und Zusammenarbeit<sup>8</sup>.

Niemand rechnet mit einem neuen Krieg im Balkan. Dennoch kann die Situation nicht eben als entspannt bezeichnet werden. Wie schon so oft, radikalisieren die eigenen Politiker die Bevölkerung und schieben alles auf einen Sündenbock, in diesem Fall die UNMIK, vertreten durch Michael Steiner.

Solche Einstellungen und falsche Prioritäten gefährden die Rückkehr, vor allem der Minderheiten. Sie behindern aber auch die so notwendige Entwicklung der Wirtschaft. Ein Teufelskreis, schon oft beobachtet im Balkan. Denn je ärmer die Bevölkerung wird, desto leichter läßt sie sich durch die Polemik ihrer Politiker beeinflussen.

Einige Extremisten haben sich anscheinend schon formiert. In den letzten Monaten sprach die lokale Presse immer wieder über angebliche bewaffnete Gruppen, serbische wie albanische. Nachdem UNMIK und KFOR bis noch vor einigen Tagen deren Existenz schlichtweg abstritten, wurden die Beschreibungen in den Medien immer präziser.

---

<sup>4</sup> ibid

<sup>5</sup> *Daily Falcon*, 25.3.03

<sup>6</sup> *Daily Falcon*, 9 April 2003

<sup>7</sup> Report concerning the Kosovo Situation and Region, Situation Update No. 58, 4 April 2003

<sup>8</sup> *Daily Falcon*, 9.4.03

In der Decan Region zum Beispiel beschwerten sich die Anwohner, daß uniformierte, maskierte Gruppen sie anhalten und Ausweispapiere zu sehen verlangen. Ihre Uniformen tragen keine Abzeichen.

Nach mehreren Dementis kam es am 7. April zu einem Schußwechsel mit der internationalen und lokalen Polizei. Niemand weiß etwas über die Motivation dieser Gruppe. Sie ist jedoch ein deutliches Zeichen für eine erneute Radikalisierung einiger Elemente der Gesellschaft.

Auch die Existenz der AKSH, der Albanischen Befreiungsarmee, die wohl in Südserbien wie auch in Mazedonien agiert, wurde lange dementiert. Vor einer Woche jedoch wurden drei ihrer Mitglieder von einem internationalen Staatsanwalt verurteilt. Diese Gruppierung besitzt nicht nur riesige Waffendepots, laut Presse, sondern sie ist wie eine Armee organisiert und verfolgt ehrgeizige, gefährliche Ziele: Die gewalttätige Vereinigung aller Albaner, Nordgriechenland mit eingeschlossen.

Des öfteren wurde auch eine Einheit der serbischen Gendarmerie im Norden der Provinz erwähnt. Mittlerweile berichtet *Koha Ditore* (24.3.03), daß sie das einzige albanische Dorf im Norden, Cabra, von den Bergen aus observiert. Sie operieren angeblich unter dem Code S.R.G., was soviel heißt wie „Tod den Albanern“. Obwohl Polizei wie auch KFOR abstreiten, irgendeinen Beweis für diese Gruppierung zu haben, scheinen die Einwohner von Cabra ziemlich genau über sie Bescheid zu wissen. Diese parallele Sicherheitsstruktur bestehe aus ungefähr 100 Mitgliedern und beziehe 300 Euro pro Monat von der serbischen Regierung. Man fragt sich, woher die Albaner alle diese Informationen haben, aber in dieser „Gesellschaft des Schweigens“ werden Internationale dies wohl nie herausbekommen.

Wenn auch fragwürdig, so entstehen solche Gerüchte selten aus dem Nichts.

Zudem erschütterten mehrere Bombenexplosionen an Polizeistationen in Pristina und Peja in den letzten Wochen die ganze Provinz.

All diese Gruppen, ob sie nun wirklich existieren oder nicht, bestätigen, was ich eingangs sagte: Einen Mangel an Vertrauen in das Rechtssystem und die offiziellen Sicherheitskräfte. Kurz: Einen Mangel an Vertrauen in die „neue Demokratie“.

Trotz aller Schwierigkeiten kämpft Michael Steiner weiter. Obwohl er zugibt, daß Korruption und organisierte Verbrechen nicht oft gemeldet werden, hat die von ihm ins Land geholte *Guardia di Finanza*, die italienische Finanzpolizei, die seit 1774 gegen die Mafia kämpft, schon gute Erfolge erzielt. Diese Erfolge zeigen allerdings auch das unglaubliche Ausmaß der Verbrechen in einem so winzigen Land.

In wenigen Monaten wurden Immobilien im Wert von über 492 Mill. Euro beschlagnahmt, gestohlene Autos für 10 Mill. Euro<sup>9</sup>.

Auch der Waffenbesitz- und handel ist beängstigend. In nur drei Tagen verhinderte die deutsche KFOR eine illegale Einfuhr von *drei Tonnen Waffen und Munition*, die Albaner von Albanien in den Kosovo schmuggeln wollten<sup>10</sup>!

---

<sup>9</sup> *Focus Kosovo*, S. 13

<sup>10</sup> *Daily Falcon*, 25.3.03

## Wirtschaft und Infrastruktur

Vieles hat sich verbessert in diesen letzten vier Jahren. Die Straßen sind befahrbar, auch wenn überall immer wieder große Löcher aufreißen, die Wasserversorgung ist zumindest in den Städten zufriedenstellend. Die Stromversorgung allerdings läßt noch genauso zu wünschen übrig wie am Anfang, im Moment sind wir 3 Stunden mit, 3 Stunden ohne Strom.

Die schwindenden Spendengelder aber werden auch den Bereich der Infrastruktur schwer treffen, wenn nicht bald Maßnahmen von der lokalen Regierung getroffen werden.

Im Kosovo gibt es 34 Wasserunternehmen. Die meisten davon versorgen nur ein paar Tausend Menschen, manche noch weniger. Im Vergleich dazu bedienen die meisten westlichen Wasserwerke mindestens eine Millionen Kunden. Das bedeutet, daß der Großteil dieser Wasserwerke werden schließen müssen und somit Tausende von Menschen im Kosovo ohne Wasserversorgung sein werden. Das Gleiche gilt für Müllabfuhr.

Bleibt zu hoffen, daß die Regierung sich bald endlich einmal diesen pragmatischen Themen zuwenden wird.

Das größte Problem der kosovarischen Wirtschaft ist der Mangel an Produktion. Selbst in der Region Prizren, die eine lange Tradition an industrieller Produktion besitzt, sind nur 13% Hersteller. Und auch von diesen arbeiten derzeit nur 80%. Es fehlen Anreize wie Subventionen - und das obwohl durch komplettes Missmanagement 290 Millionen Euro vom Budget des letzten Jahres übrig sind!<sup>11</sup> Die angekündigte Senkung der Einfuhrzölle (26,5%) ist bisher nicht verwirklicht worden.

Zudem beschwerten Hersteller sich, daß ihnen Steine für den Export in den Weg gelegt werden. Doch bevor an Export gedacht werden kann, muß zuerst einmal an der Qualität der Produkte gearbeitet werden, denn eine Untersuchung ergab, daß Kosovaren ihre eigenen Produkte nicht wollen. Es werden bevorzugt Produkte aus anderen Balkanländern gekauft, vor allem aus Slowenien, Griechenland, usw.

Wiederholt versuchen internationale Wirtschaftsexperten die Kosovaren davon zu überzeugen, daß nicht der unklare Status die Wirtschaft an der Entwicklung hindert. Denn das ist die liebste Ausrede der Politiker für ihr Nichthandeln. Der Chef von USAID, Dale Pfeiffer, bringt es ohne Umschweife auf den Punkt. Ungefähr eine halbe Million Euro fließen pro Jahr in den Kosovo. Anstatt Motels zu bauen, von denen die Provinz mittlerweile überschwemmt wird (und dies bei einem kompletten Nichtvorhandensein von Tourismus), könnte dieses Geld für Unternehmen verwendet werden. Eine anderer oft genannter Grund für Nicht-Produktion ist die Verzögerung des Freihandels mit Mazedonien. Laut Pfeiffer hat dies dem Kosovo deshalb nicht geschadet, weil er ohnehin nichts produziert, was nach Mazedonien exportiert werden könnte. Die dritte Ausrede ist das zögerliche Voranschreiten der Privatisierung. Die Menschen sollten sich keine allzu großen Hoffnungen über die Profite dieser privatisierten Firmen machen: „Auch wenn ihr Trepca (die großen Minen im Norden) habt, denkt nicht, ihr schlaft auf Gold,“ so Pfeiffer<sup>12</sup>.

Pfeiffers harte Worte sollen Mythen ausrotten. Denn ein nicht zu unterschätzender Faktor für die langsame Entwicklung der Wirtschaft liegt in der sozialistischen Mentalität der Menschen. Viele neue Unternehmen steuern schon jetzt wieder auf einen

---

<sup>11</sup> Economic and European News, 8.4.03, Haki Shatri, Direktor der Parlamentarischen Kommission für Budget und Finanzen

<sup>12</sup> ibid

Bankrott zu – Missmanagement, Korruption und ein Verständnis von Qualität, was europäischem Standard nicht angemessen ist, sind die häufigsten Gründe.

Auch Andy Bearpark, der Chef des EU-Pfeilers, bestätigt, daß nur die individuelle Fähigkeit von Geschäftsleuten die Provinz weiterbringen kann und nicht der Status<sup>13</sup>.

Die Regierung muß ein stabiles, faires und vorhersehbares wirtschaftliches Spielfeld schaffen. Geschäftslizenzen müssen offen und nicht einschränkend sein. Am wichtigsten ist jedoch Steuer- und Zollsysteme, die für alle gleich sind.

Durch Beschwerden von Geschäftsleuten kam heraus, daß die einzelnen Kommunen Unternehmen an der Registrierung hindern, indem sie unmögliche Bedingungen stellen und hohe Tarife verlangen.

Das Institut für Entwicklungsforschung RIINVEST fand zudem heraus, daß in diesem Jahr der Geldfluß im Land nur noch 25% desjenigen der letzten beiden Jahre beträgt. Dies wird sich noch weiter verschlechtern.

Was also sind die direkten Konsequenzen dieser prekären Lage? Viele junge Männer versuchten in den letzten Jahren, wieder in den Westen einzureisen. Die rigorose Politik der meisten westlichen Länder aber machte die Hoffnungen für die meisten bald zunichte. Der neueste Ausweg aus der Perspektivlosigkeit ist folgender:

Die Ausreise nach Sarajevo. Von da geht die Reise, teuer bezahlt, weiter nach Slowenien, Kroatien oder Österreich. Zu Fuß über die Grenzen. Mit der Hoffnung, sich so weiter in den Westen vorzuarbeiten. Busse von Pristina nach Sarajevo fahren mittlerweile täglich.

## **Südserbien**

In Südserbien – oder Ostkosova – wie die Region mittlerweile offen in der kosovarischen Presse genannt wird, gerät die Situation außer Kontrolle. Nachdem Anfang März zwei Albaner getötet wurden, ist die Sicherheitslage dort äußerst gespannt. Die beiden von der serbischen Polizei in einer offenen Auseinandersetzung Getöteten gehörten der albanischen „Befreiungsarmee“ AKSH an. Tausende von Trauernden versammelten sich<sup>14</sup>.

Albanische Politiker der Region fordern den Rückzug der serbischen Sicherheitskräfte.

## **Mazedonien**

„Frieden bedeutet nicht einfach die Abwesenheit von Gewalt“. Dieser ach so wahre Satz trifft nicht nur auf die Situation in Südserbien sondern auch auf Mazedonien zu. Nun warnt selbst die NATO vor einem unkonventionellen Konflikt. Die ethnischen Spannungen bedeuten eine große Gefahr für Mazedonien. Aber auch das organisierte Verbrechen und die große Anzahl von Waffen im Land. Die Chancen für einen konventionellen Krieg, d.h. zwischen regulären Armeen, sind dagegen gering.

Fast täglich kommt es zu Ausschreitungen, Ende März wurde in Aracinovo ein dreizehnjähriger Junge von einer Kugel getötet und vier weitere Personen verletzt. Das

---

<sup>13</sup> Economic and European News, 27.3.03

<sup>14</sup> alle kosovarischen Tageszeitungen, dpa, 10./11.3.03

Dorf in der Nähe von Skopje wird seit dem Konflikt von Albanern beherrscht. Ehemalige mazedonische Bewohner trauen sich laut eigenen Aussagen nicht dorthin zurück<sup>15</sup>.

Explosionen an der Grenze zum Kosovo sind an der Tagesordnung. Mitte März wurde die Bahnlinie Skopje-Belgrad durch eine Bombe beschädigt. Zwei Wochen vorher kamen zwei NATO Soldaten durch eine Mine nahe Kumanovo (albanisch dominierte Region) ums Leben.

Nachdem die albanische AKSH eine Frühlingsoffensive angedroht hatte, haben sich die gewaltsamen Zwischenfälle erschreckend vermehrt. Angeblich sammelt die Diaspora im Westen für deren Unterstützung.

Obwohl die Regierung nun angedeutet hat, endlich die umstrittene albanische Universität in Tetovo anzuerkennen, werden die unter Vorbehalt veröffentlichten Ergebnisse der Volkszählung wieder zur allgemeinen Unzufriedenheit unter der albanischen Bevölkerung sorgen. Demzufolge machen die Albaner nur 19% der Bevölkerung aus, während sie nach eigenen Angaben über 30% der Einwohner zählen.

## **Minderheiten und Rückkehr**

Wie Ihnen allen bekannt, genießen Minderheiten wie Ashkali, Gorani und Bosniaken seit dem Abkommen zwischen UNMIK und Bundesinnenminister Schily keinen Abschiebeschutz mehr – trotz der Bedenken von UNHCR und OSZE<sup>16</sup>: „Die Untersuchung ergab, [...], daß Minderheiten noch immer unter Bedrängung, Einschüchterung und Provokationen verschiedenster Art, sowie auch eingeschränkter Bewegungsfreiheit leiden.“<sup>1718</sup>

Ein Beispiel dafür ist die bosniakische (Slawisch-sprechende Muslime) Bevölkerung in Mitrovica. Sie leben in Bosniaka Mahala, einem gemischten Viertel gleich über der Brücke im Nordteil der Stadt, zusammen mit Albanern und Serben. Die Serben trauen den Bosniaken nicht, da sie angeblich zu den Albanern halten. Die Albaner wiederum trauen ihnen nicht, weil sie (annähernd) Serbisch sprechen und unter dem Verdacht stehen, mit dem ehemaligen Regime kooperiert zu haben. So werden sie von beiden Seiten diskriminiert. Sie stehen de facto seit vier Jahren unter Hausarrest. Enes, ein 19-jähriger Bosniake, der Albanisch, Serbisch und Bosnisch spricht, kann nicht zur Universität gehen, denn Albaner wie Serben mögen seinen Akzent nicht. Dies wurde mir auch von Bosniaken in Peja erzählt.

*Focus Kosovo*<sup>19</sup>, eine von UNMIK herausgegebene Zeitschrift, berichtete u.a. von einem bosniakischen Ehepaar, dessen kleiner Sohn vor kurzem starb. Sie beerdigten ihn in Sandjak in Serbien, weil sie sich nicht trauen, sein Grab auf einem Friedhof im Kosovo zu besuchen.

Da Bosniaken sich bei der allgemeinen Konzentration auf Albaner und Serben vergessen fühlen, haben vor allem die Bosniaken von Mitrovica und Peja den Kosovo verlassen. In beiden Orten wurde mir berichtet, wie die Auswahl bei Arbeitsplätzen vor sich geht. Albaner wie Serben beziehen sich einfach auf die Quotenregelung: „Wir haben schon einen Bosniaken“. Bosniaken können nicht einmal kleine Ge-

<sup>15</sup> Makfax, 31.3.03

<sup>16</sup> OSCE, UNHCR, Tenth Assessment of the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo, Period covering May 2002 to December 2002, March 2003

<sup>17</sup> ibid, S.5

<sup>18</sup> alle Übersetzungen Ch. K.

<sup>19</sup> *Focus Kosovo*, Februar 2003, S.22

schäfte eröffnen, da keine der beiden oben genannten Gruppen sie gewähren lassen würde. In Mitrovica arbeiteten viele der Bosniaken vor dem Krieg in den Trepca-Minen. Diese sind geschlossen, doch im Gegensatz zu den ehemaligen serbischen Arbeitern bekommen Bosniaken keine Renten von Belgrad.

Ein älteres Ehepaar, deren Familie schon seit hundert Jahren im Kosovo leben, wie der Mann stolz berichtet, müssen nun von den 62 Euro Sozialhilfe zurechtkommen. Da sie keine Familie im Ausland haben, die sie unterstützen, wie die meisten Albaner, könne sie von diesem Geld nur alle drei Tage essen.

Die Aussage eines in den Kosovo zurückgekehrten Serben beschreibt die Situation sicher am besten: „Die Situation im Kosovo ist so unvorhersehbar, unberechenbar, daß jedes Haus oder jede Dorfsiedlung eine eigene Geschichte erzählen können.“<sup>20</sup>

Obwohl „wenigstens die Morde aufgehört haben“, so trauen sich doch die meisten Serben nicht aus ihrer Enklave heraus.

Vor ein paar Wochen fuhr ich auf der Straße von Skopje nach Pristina. An einer Stelle nahe Pristina wird diese Hauptstraße von einer Straße gekreuzt, die mehrere serbische Dörfer miteinander verbindet. Ich wäre fast mit einem kleinen Zastava mit serbischem Nummernschild zusammen gestoßen, der die Hauptstraße überquerte. Der Gesichtsausdruck des Fahrers war völlig panisch.

„Das Leben in dem von Serben bewohnten Dorf Vrbovac in der Kommune Vitina (Südkosovo) gleicht dem Leben in einem Ghetto,“ sagt Stanoje Moskic. „Es gibt ständige Provokationen. Vor zwei Wochen hat jemand auf Serben geschossen, die vor einem serbischen Geschäft saßen, in dem Dorf Mogila. Einer von ihnen wurde schwer verletzt,“ sagt Moskic.

Der albanische Bürgermeister des Dorfes betrachtet die Sicherheitslage jedoch als zufriedenstellend. Er glaubt auch, daß es nicht mehr nötig ist, daß KFOR die orthodoxen Kirchen bewacht. Wir erinnern uns an die beiden im Dezember 2002 zerstörten Kirchen in der Region Klina.

In dem Dorf Makresh in der Nähe von Gjilane jedoch verkauft ein Serbe seine Waren an Serben und Albaner. Dort scheint es keine Probleme zu geben. Im Gegensatz dazu muß ein serbischer Geschäftsinhaber in Gornje Selo seine Ware in Serbien kaufen. „Wenn die Situation nicht besser wird, werde ich nach Serbien zurückgehen müssen,“ sagt Vukovic.

Ich bezweifle stark, daß man die Sicherheitslage als zufriedenstellend bezeichnen kann, wenn ich eigentlich in jedem Bericht von der gleichen Art Zwischenfall berichten muß. Mitte März wurden sechs Busse mit Serben, die in der Ozren Bergregion ihre verlassenen Häuser besichtigen wollten, von Albanern mit Steinen beworfen. Eine Serbin wurde dabei schwer verletzt.

In der Kommune Klina gibt der Vorsitzende des Gemeinderates zu, daß es zu früh ist, an eine Rückkehr der Serben in diese Region zu denken, da noch 135 Albaner dort vermißt werden – wofür in de Augen der Bevölkerung die serbischen Mitbewohner verantwortlich sind.

In Lipjan „durften“ die Serben aus der Stadt und den umliegenden Dörfern dank der Begleitung der finnischen KFOR vier Stunden lang in der Stadt einkaufen. Wenige Serben machten jedoch Gebrauch von diesem Angebot, da während der geplanten Zeitspanne die Straßen von Lipjan voller albanischer Schüler waren.

---

<sup>20</sup> *Daily Falcon*, Volume 7, Issue 066, 2 April 2003, Interview mit der serbischen Zeitung *Blic*

Wenn auch Michael Steiner immer wieder wiederholt, daß ab April mehr Menschen zurückkehren werden, so bezweifeln der Ombudsman der OSZE und ich und selbst das UNMIK Büro für Rückkehr und Gemeinwesen stark.

Bei den Serben, die tatsächlich zurückkehren, wie kürzlich in das Dorf Novaci bei Prizren, handelt es sich fast ausschließlich um ältere Menschen.

Wenn man sich die Reaktionen der albanischen Politiker ansieht, überrascht dies auch nicht. Mitte März wurden albanische Rückkehrer aus Deutschland mit der serbischen Fluglinie JAT nach Pristina geflogen. Dies wurde laut und öffentlich von der albanischen Regierung kritisiert, da die Sicherheit der Rückkehrer in diesen Flugzeugen nicht gewährleistet sei<sup>21</sup>.

Oft lassen Stimmungen sich an Kleinigkeiten festmachen. Vor kurzem wurde von der UNMIK beschlossen, daß nur noch UNMIK Führerscheine und Nummernschilder gültig sind. Daraufhin brach die serbische Bevölkerung in Panik aus. KS-Nummernschilder nämlich behindern ihre Einreise nach Serbien. Und diesen Ausweg will niemand verlieren.

Aber nicht nur die Lage der Minderheiten ist prekär. Wir besuchten einige albanische Rückkehrer und befragten sie nach ihrer Situation. Einige, vor allem junge Männer, wollten uns zuerst keine Auskunft geben, da sie dachten, wir seien Journalisten. Erst nachdem wir uns ausgewiesen hatten, erklärten sie uns den Grund für ihre Ängste: Alle waren illegal im Westen gewesen, ausgewiesen worden und - beabsichtigen, illegal wieder dorthin zurückzukehren.

Am schlimmsten von der wirtschaftlichen und sozialen Situation betroffen sind alleinstehende Mütter. Kürzlich bekamen wir ein Schreiben von einer Ausländerbehörde, die darauf bestand, daß die Situation der Frauen im Kosovo sich deshalb gebessert habe, weil viele Frauen in den Kommunalversammlungen sitzen. Daraufhin nahm ich an einer dieser Sitzungen teil. Die einzige sonst anwesende Frau sprach nicht ein einziges Wort, schien überfordert und nicht respektiert.

Nur weil UNMIK nach westlichem Vorbild beschlossen hat, eine Quotenregelung für Frauen in der Politik einzuführen, hat sich die hiesige Mentalität damit bestimmt nicht geändert. Wofür die Industrieländer Jahrhunderte gebraucht haben – die Emanzipation der Frau (bis heute nicht wirklich erreicht) – soll hier nun innerhalb von drei Jahren durch Verordnung geschehen? Sicher nicht.

Noch weniger hat sich dadurch das Sozialwesen geändert. Frauen mit kleinen Kindern bekommen genauso ihre 65 Euro Sozialhilfe monatlich wie alle anderen auch.

Wir besuchten Frau Maloku aus Fushe Kosova. Sie gehört zu diesen häufigen traurigen Fällen, die von ihrem Mann wegen einer anderen Frau und Verantwortungslosigkeit verlassen wurde. Ihr Mann hat sich weder scheiden lassen – um ihr so die Wiederheirat zu ermöglichen, noch hat er irgendeine Adresse angegeben – zahlt also auch nichts für die Kinder.

Sie bewohnt hier mit ihren vier Kindern ein kleines Haus für das sie monatlich 100 Euro Miete zahlen muß. Das Haus ist bis auf ein paar alte Matratzen leer. Nun hat sie glücklicherweise eine Putzstelle gefunden, für die sie 75 Euro Monatsgehalt bezieht. Die Sozialhilfe – die ihr sofort entzogen würde, wüßte man von ihrer Arbeit – beträgt 60 Euro monatlich. Von diesen 135 Euro muß sie nun Miete zahlen und ihre Kinder durchbringen. Letztens war der kleine Junge krank. Vitaminmangel. Die Medikamente kann sie nicht zahlen.

---

<sup>21</sup> *Koha Ditore*, 14.3.03

Ihre große Tochter geht mit ihren 16 Jahren nicht mehr zur Schule, da ihr Albanisch zu schlecht ist. Nun will die Mutter das Mädchen, das in Deutschland aufgewachsen ist, verheiraten, damit sie einen Mund weniger zu füttern hat.

Mildtätige ehemalige Nachbarn aus Deutschland haben zu einer Spendenaktion für Frau Maloku aufgerufen. Zusammen gekommen sind 50 Euro. Mit der Irak-Krise und einer allgemeinen Spendenmüdigkeit für den Balkan wird auch wahrscheinlich nicht mehr zusammen kommen. Es wird für eine halbe Monatsmiete reichen.

Von den zehn nach dem Zufallsprinzip befragten Rückkehrern aus Pristina, Prizren, Suha Reka, Shtime, Istok und Rahovec, haben drei Arbeit. Einer der jungen Männer aus Shtime besitzt ein Cafe und einen Laden. Um ihn herum öffnen fast täglich neue Geschäfte. Es handelt sich ausschließlich um kleine Tante-Emma-Läden, die von Coca Cola über Gemüse bis hin zu Hygieneartikeln alle dasselbe verkaufen. Die Konkurrenz ist so groß, daß er gerade genug hat, um zu überleben.

Der andere beschäftigte junge Mann arbeitet als Kellner in einem Restaurant in Suha Reka. Er verdient 150 Euro im Monat, von denen er die ganze Familie unterstützen muss.

Der Dritte verdient ebenfalls 150 Euro als Strafvollzugsbeamter im Gefängnis Dubrava. Alleine für die täglichen Fahrtkosten geht schon viel Geld weg, doch er bezeichnet sich selbst als glücklich, da viele seiner Kollegen von weit weg herkommen und ein Drittel ihrer Einkommen für den täglichen Bus ausgeben müssen.

Diese geringen Gehälter und die relativ hohen Transportkosten halten viele davon ab, in der nächsten Stadt Arbeit zu suchen. Es bleibt einfach nicht genug übrig.

Ein anderer junger Mann aus Shtime, der jahrelang in der Schweiz als Koch gearbeitet hat, bekommt hier keine Arbeit, weil außer in Pristina kein Restaurantbesitzer jemanden, der nicht zur Familie gehört, einstellt.

Alle der arbeitslosen jungen Männer sowie der Großteil der Arbeitnehmer dieser Gruppe möchte zurück in den Westen. Illegal, wenn es nicht anders geht.

Abschließend möchte ich noch einmal die Aufmerksamkeit auf eine besorgniserregende Entwicklung lenken. Wie ich schon in früheren Berichten erwähnte, werden nun langsam auch die sogenannten Härtefälle zurückgeführt. Viele dieser Menschen besitzen hier weder Unterkunft noch Familie oder Freunde, da sie zumeist viele Jahre im Westen lebten. Ihnen bleiben oftmals nur Kollektivzentren als zeitweilige Unterkunft. Doch diese werden nach und nach geschlossen, weil die hiesigen Gemeinden nicht die finanziellen Mittel für Heizung, Wasser usw. aufbringen wollen oder können. Die internationale Gemeinschaft aber scheint die Augen vor dieser Realität zu verschließen. Doch gerade auf diese sich in den nächsten Monaten und Jahren verschlimmernden Probleme der Härtefälle sollte das Augenmerk gerichtet und anwaltlich gehandelt werden.

Zum Abschluss meiner Tätigkeit möchte ich allen Lesern noch einmal für das Interesse, die nützlichen Ratschläge und die positiven Rückmeldungen danken, die meinen Berichten gezollt wurden.

Ich hoffe, Ihnen allen ein bisschen bei Ihrer Arbeit geholfen zu haben und wünsche Ihnen weiterhin alles Gute.

Pristina, den 14. April 2003

Christina Kaiser